

Antworten der Partei DIE LINKE. Sachsen

Sehr geehrter Herr Loth, sehr geehrter Herr Helbig

wir bedanken uns recht herzlich für Ihre Wahlprüfsteine, die wir gern beantworten.

Zunächst möchte ich Ihnen den entsprechenden Abschnitt in unserem Wahlprogramm vorstellen und daran anschließend wenige ergänzende Bemerkungen machen. Ich bitte sie um Verständnis, dass wir damit nicht streng Ihrem Frageschema folgen, die meisten Fragen aber entsprechend unseres Diskussionstandes aber dennoch aufgreifen.

So sehr ich die größere Konkretheit Ihrer Fragen verstehen kann, so sehr gebietet es aber auch die Seriosität im Umgang miteinander, an dieser Stelle nicht mit Aussagen zu arbeiten, die nicht auf die Ebene politischer Grundsatzentscheidung oder gar eines Wahlprogrammes gehören, sondern auf die Ebene operativen Regierungs- bzw. Verwaltungshandelns.

In unserem Wahlprogramm heißt es:

„Medien und Bildung – Kritische Mediennutzung für alle!

Medienkompetenz umfasst unterschiedlichste Fähigkeiten: Den kritischen Konsum und zielgerichteten Einsatz von Medien, ihre Weiterentwicklung und die Interaktion mit ihnen, die rechtssichere Schaffung von Medieninhalten sowie Verständnis für ihre algorithmische Zusammenstellung. Orientierung in der Welt elektronischer Medien und der Umgang mit den sich daraus ergebenden Möglichkeiten an Information und Teilhabe, aber auch mit den möglichen Gefahren, gehört zu den Grundvoraussetzungen für Selbstbestimmung und Einmischung in einer demokratischen und digitalisierten Gesellschaft. Damit freie Strukturen des Netzes nicht blindlings angegriffen und zerstört werden, braucht es flächendeckende medienpädagogische Angebote. So können wir Jugendmedienschutz am effektivsten garantieren. „Law and Order“ ist auch hier nicht alternativlos.

Wir werden eine Offensive auf dem Gebiet der Medienbildung starten. Diese soll sich nicht nur an Kinder und Jugendliche, sondern auch an Eltern und Pädagog*innen richten. An die Stelle des Abschirmens vor schädlichen Einflüssen muss mehr und mehr das Erlernen eines selbstbewussten und kompetenten Umgangs mit allen Medieninhalten treten. Wir werden medienpädagogische Projekte an Schulen ausreichend finanzieren. Medienbildung ist für uns Querschnittsaufgabe aller Bildungseinrichtungen, aber auch außerschulischer Bildungsangebote. Medien sollen nicht neben dem pädagogischen Alltag existieren, sondern müssen inhaltlich und methodisch integraler Bestandteil von Unterricht sein. Wir wollen dafür eine Offensive bei der entsprechenden Aus- und Weiterbildung von Pädagog*innen anstrengen und sicherstellen, dass es an allen Schulen Medienpädagog*innen gibt, die mit entsprechenden Konzepten und Methoden neue Technik, aber auch die Nutzung von elektronischen Endgeräten in den Unterrichtsalltag integrieren. Weiterhin sollen sie in den verschiedenen Fächern einen sensiblen und kritischen Umgang mit Medien schulen, insbesondere zur Vermittlung von Kompetenzen in den Bereichen Datenschutz und Datensicherheit.

Voraussetzung für den kompetenten Umgang mit Medien ist der Zugang zum Internet. Deshalb braucht Medienbildung die Überwindung der digitalen Spaltung. Leistungsfähige Netzanschlüsse müssen auch dort vorhanden sein, wo es sich für Telekommunikationskonzerne nicht lohnt. Netzfähige Endgeräte müssen zum Existenzminimum gehören. Schülerinnen und Schüler müssen die Möglichkeit haben, Computer täglich genauso zu verwenden wie Schreibheft und Schulbücher. Dabei kann bspw. mithilfe von Leihgeräten sichergestellt werden, dass in den Bildungseinrichtungen alle am Angebot partizipieren können und der finanzielle Aufwand für Einzelne kein Ausschlusskriterium ist.

Zur Sicherstellung der nötigen Administration und Pflege der IT-Strukturen soll den Bildungseinrichtungen entsprechendes Fachpersonal zur Verfügung stehen. Bildungsmaterialien sollen dabei frei zur Verfügung und der Einsatz nicht-proprietärer Software im Fokus stehen. Aufgabe von Bildung ist es nicht, Wirtschaftsinteressen zu bedienen, wenn statt teurer Lizenzen und Abhängigkeiten von Einzelanbieter*innen auch Open-Source-Lösungen zum Ziel führen.

Zudem muss Medienbildung neben der Schule Eingang finden in die Aus- und Weiterbildung, in Betriebe, öffentliche Bildungseinrichtungen und Hochschulen. Dabei ist schon bei der Entwicklung der Medienbildungsangebote auf die Verzahnung von Technik und Inhalt zu achten.

Wir wollen alle Menschen in Sachsen im selbstbewussten Umgang mit ihren persönlichen Daten und dem Schutz ihres Grundrechts auf informationelle Selbstbestimmung unterstützen. Sie sollen aber auch selbst am Prozess medialer Öffentlichkeit teilhaben können. Klassische Bürgermedien und offene Kanäle, wie beispielsweise Freie Radios, sind Orte, an denen aktive Medienkompetenz erprobt und vermittelt wird. Sie alle sind potenzielle Quellen kritischer Gegenöffentlichkeit. Damit Medienkompetenz alle Altersgruppen erreicht, möchten wir Angebote der Zivilgesellschaft und außerschulische Bildungsangebote fördern und staatliche Akteur*innen, wie bspw. die Sächsische Landesanstalt für privaten Rundfunk und neue Medien oder die/den Sächsische*n Datenschutzbeauftragte*n bei dieser Aufgabe angemessen unterstützen.“

Wie Ihnen sicher bekannt ist, hängen die praktischen Handlungsoptionen einer Partei maßgeblich vom Wahlausgang ab.

Im günstigeren Fall haben wir die Möglichkeit, die im Wahlprogramm fixierten Positionen in die Verhandlungen über ein Regierungsprogramm einzubringen.

Das erfordert dann natürlich auch, bei der Verteilung der finanziellen Mittel entsprechende neue Schwerpunkte zu setzen und in den wichtigen Bereich „Medienpädagogik und Medienbildung“ deutlich mehr als bisher zu investieren.

An vielen Stellen bedarf es natürlich auch noch umfangreicher konzeptioneller Vorarbeit, z.B. hinsichtlich der Frage, wo die benötigten Fachkräfte so schnell alle herkommen sollen. Diese ist aber weder von einer Partei noch von deren Landtagsfraktion zu leisten. Vielmehr muss dabei die vorhandene Expertise in Wissenschaft und Praxis gebündelt werden. Dies würden wir in Regierungsverantwortung umgehend in die Wege leiten, dabei natürlich aber auch an derzeit bereits vorhandene Arbeitsgrundlagen wie zum Beispiel die „Eckwerte Medienbildung“ des Landesamtes für Schule und Bildung anknüpfen.

Im Falle einer Oppositionsrolle werden wir orientiert an unserem Wahlprogramm durch Thematisierung, Hinterfragung und Kontrolle den erforderlichen Druck auf das Regierungshandeln auch im Bereich „Medienbildung“ ausüben.

Mit freundlichen Grüßen

Antje Feiks